

Haushaltsrede 2016

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann ihnen etwas verspätet meinen Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 vorstellen. Die Gemeinde Tuningen hat sich ständig neuen Prüfungen stellen müssen: jede Zeit hat eben ihre ganz spezifischen Herausforderungen!

Neben dem Wertewandel der Gemeinde Tuningen, hin zu einer modernen selbstständigen und selbstbewussten Gemeinde waren etliche Herausforderungen zu meistern. Hier war die Ansiedlung der Kreismülldeponie, die Abwehr der Giftmülldeponie und die Schaffung der Gewerbegebiete, Wohngebiete und Einrichtungen der Infrastruktur große Meilensteine.

Wir alle können uns wirklich glücklich schätzen, dass hier in Tuningen sich die jeweiligen Verantwortungsträger immer konsequent den Herausforderungen ihrer Zeit gestellt und auch entsprechend gehandelt haben. Heute leben wir in einer globalisierten Welt, die sich immer rascher neu definiert und das Veränderungstempo stets zunimmt. Gerade auch wir hier in der Kommunalpolitik und in der Verwaltung sind dabei erheblich gefordert, um etwa Rahmenbedingungen anzupassen, neue Elemente zu entwickeln und insgesamt unseren Bürgerinnen und Bürgern gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Nur so gibt es ausreichende Entwicklungsperspektiven für uns in Tuningen! Denn wie von Anfang an meinerseits gesagt dass „Stillstand gleich Rückschritt“!

Als ich im Jahr 2003 meinen Dienst hier in der Gemeinde antreten konnte, standen viele wichtige Punkte auf der Tagesordnung, die wir gemeinsam – Gemeinderat und Verwaltung – angepackt haben: manches ist bereits umgesetzt, etliches auf dem Weg gebracht und wieder anderes werden wir noch in Angriff nehmen.

Erinnern wir uns kurz an die 1980er und 1990er Jahre, um daraus Kraft und Zuversicht für die Gegenwart zu schöpfen: wir hatten damals eine dreifache Herausforderung bei den Wanderungsbewegungen nach und auch innerhalb Deutschlands zu bestehen. 1988 überstieg die Kurve der Asylgesuche in Deutschland die Marke von 100.000. 1992 schließlich fast 440.000. Die Aussiedlerzahlen waren bereits 87 erheblich angestiegen und übersprangen 1988 knapp die 200.000, 1990 schließlich fast 400.000. Hinzu – und das vergisst man mancher heute – kann in Westdeutschland die nunmehr legale Zuwanderung aus der in der Agonie liegenden DDR: 1989 kamen fast 390.019 90 rund 395.000 Menschen.

Auch wir mussten lernen, mit diesen großen Zuzug von aus- und Übersiedlern sowie Asylbewerbern umzugehen. 1989/1990 haben insgesamt über 5000 Menschen im Schwarzwald-bar-Kreis eine 1. Bleibe gefunden.

Meine Damen und Herren, Sie können daran erkennen, dass damals vor 25 Jahren, die Herausforderungen ebenso waren und sie nur deswegen bestanden werden konnten, da neben der Gewährung von materiellen Hilfen auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger bereit waren, die neue hinzugezogenen Menschen in ihrer Mitte aufzunehmen und ihnen so eine Chance auf Gelingen der Integration zu geben. Und wenn wir uns heute in der Verwaltung umschauen, dann haben wir einige Kolleginnen und Kollegen unter uns, die damals als Kind, als Jugendliche, den Weg in den Schwarzwald-Baar-Kreis bzw. nach Tuningen gefunden haben und nun ihrer Arbeit nachgehen.

Die Situation im Balkan, in Syrien und im Norden des afrikanischen Kontinents verschärfen die Situation immens. Die Flucht vor der Aggression durch Machthaber oder religiöse Fanatiker zwingen die Menschen ihre Heimat hinter sich zu lassen. Diese Zahlen haben sich im letzten Jahr dramatisch verändert.

Für die Gemeinde Tuningen bedeutet das immer noch eine formale Zuteilungsquote von 43 Flüchtlingen. Durch den für uns glücklichen Umstand, für die Donaueschinger eher belastend, ist die Zuteilungsquote an den Schwarzwald-Baar-Kreis entgegen den Prognosen gering. Auch sind durch die neuen Verfahren und Vereinbarungen auf europäischer wie auch nationaler Ebene die Zuteilungen im Schwarzwald-Baar-Kreis weit hinter den Prognosen geblieben. Für unsere Gemeinde bedeutet das zum einen etwas mehr Zeit bei der Vorbereitung und zum anderen aber auch ein gewisses Risiko wann wir welche Lösung zur Verfügung stellen. Zum einen könnten wir zu langsam agieren und haben dann eine gewisse Not, weil die Flüchtlinge schneller kommen als wir Wohnraum schaffen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, dass wir Angebote nun annehmen, Ideen verwirklichen und Maßnahmen ergreifen die Flüchtlingen Unterkunft bieten, diese jedoch nicht kommen wollen oder mangels Zuteilung in nächster Zeit kommen. Zurzeit haben wir noch 8 Plätze im Reserve und die Möglichkeit noch weitere 24 zu schaffen..

Wir werden ihnen vorschlagen, ein weiteres Gebäude zu erwerben, um Möglichkeiten zu nutzen, nein nicht nur Möglichkeiten sondern auch Chancen zu nutzen. Dies bindet selbstverständlich freie Mittel, wir sind jedoch der Auffassung, dass hier auch Möglichkeiten geschaffen werden Wohnraum zu schaffen. Ob mit oder ohne Betreuung, ob für soziale Wohnungen oder andere Nutzungsmöglichkeiten bleibt der weiteren Entwicklung vorbehalten. Gleichzeitig haben wir uns jedoch auch dazu durch gerungen und dies in gutem Miteinander mit den angrenzenden, weitere Standorte strategisch festzulegen. Hier haben wir eine klare strategische Entscheidung getroffen die uns Sicherheit gibt's auch kurzfristig zu reagieren. Unabhängig davon möchten wir die Chance Immobilien zu erwerben nicht ungenutzt lassen.

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb unserer Gemeinde ist eine sehr gute. Unseren Gewerbetreibenden ist es zu verdanken, dass der Gewerbesteueranteil innerhalb unseres Haushalts ein wichtiger Bestandteil ist. Unabhängig davon wird die Finanzumlage, die Kreisumlage und die Schlüsselzuweisung vom Land nach der Steuerkraft bemessen. Da wir eine starke Steuerkraft besitzen, bedeutet es immer auch eine zeitlich verzögerte Reduzierung bzw. Anhebung derartiger Umlagen und Zuweisungen. Gegenüber dem Jahr 2015 haben wir keine großen Abweichungen zu verzeichnen. Aber aus der Finanzplanung werden Sie hier eine erhebliche Verminderung der Zuweisungen ablesen können.

Durch die Anhebung unserer Hebesätze konnten wir die Gewerbesteuer Einnahmen nicht unerheblich steigern. Dagegen steht selbstverständlich auch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage. Die

Steuererhöhungen bringen nicht unbedingt einen riesigen Geldbetrag aber für uns den immer wichtiger werdenden Tatbestand dass wir verschiedene Zuweisungstöpfe nun ansprechen können; und nur deshalb, weil wir diese vom Land vorgegebenen Mindeststeuersätze erheben.

Der Verwaltungshaushalt für das Jahr 2016 ist zum einen davon geprägt, dass wir die notwendigen Vorkehrungen an eine gut funktionierende Verwaltung angehen und zum andern uns auch der ständigen Pflicht annehmen unsere Infrastruktur zu erhalten. Die Herausforderungen an die allgemeine Verwaltung sind nicht unerheblich gestiegen. Dies geht leider nicht mehr ohne die Ausweitung des Stellenschlüssels, auch im Rathaus. Aufgrund der verschiedensten Erziehungszeiten und deren Rückkehr wünsche, verbunden mit dem tariflichen Möglichkeiten und gesetzlichen Gegebenheiten bedarf unsererseits einer vorausschauenden Planung. Dies haben wir versucht umzusetzen in dem wir verschiedene Potenziale auch mit KW-Vermerken versehen haben. Im Bereich der Familienförderung haben wir Bedarfs gerecht eine 2. Ganztagsgruppe ab September 2016 in den Haushalt eingestellt. Im Bereich der Kernzeit haben wir mit einer ständigen Erweiterung zu kämpfen. Dies ist durchaus positiv zu sehen weil die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kernzeitbetreuung, wie auch die Kernzeitbetreuung in sich eine attraktive Weiterentwicklung beinhaltet. Die steigenden Kinderzahlen von bisher 50 auf 51 Kindern sprechen eine eigene Sprache. Den Eltern ist es unseres Erachtens nicht zuzumuten, dass sie nach einem guten Betreuungsangebot im Alter zwischen 0 und 6 Jahren im Grundschulbereich dann weniger Zeit angeboten bekommen. Dies bezieht sich insbesondere auf die langen Schulferien. Unsere Herausforderung ist wiederum geeignetes Personal zu finden dass eine derartig hohe Flexibilität mitbringt.

Im Bereich des gemeindeeigenen Vollzugsdienstes haben wir erkennen müssen, dass eine Kombination zwischen Bauhof und Vollzugsdienstes leider nicht umsetzbar ist. Wir haben nach mehrfachen Gesprächen die Überzeugung gewonnen, dass hier eine Trennung erfolgen muss. Dies haben wir im Stellenplan bzw. im Abschnitt 1 entsprechend umgesetzt. Die Vereinsförderung in unserer Gemeinde nimmt einen wichtigen und auch gewichtigen Anteil ein. Neben den kostenfreien Überlassungen von Vereinsräumen, wie auch die Überlassung unserer Einrichtungen und zwar ebenfalls kostenfrei für Jugendliche, wie auch die Grundförderungen dokumentieren die wohlwollende Haltung gegenüber dem Ehrenamt.

Bei der Beurteilung von Wünschen ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass bei all denjenigen Forderungen der Vereine nach darüber hinausgehenden Förderungen das Prinzip berücksichtigt wurde, wofür der Zuschuss verwendet werden soll. Wir haben alle Zuschussanträge nicht berücksichtigt, die keinen kausalen Zusammenhang zwischen Gemeindeinteresse (dokumentiert durch entsprechende Projekte) und dem ureigenen Vereinsinteresse besteht. Dasselbe haben wir für die Bereiche anderer Organisationen und Einrichtungen zu Grunde gelegt. Aufgrund der Gesamt finanziellen Betrachtung ist hier eine Abkehr von Großzügigkeit hin zu projektorientierten Förderquoten für einen Mehrwert der Gemeinde wesentlicher Bestandteil unserer Überlegungen und wir gehen davon aus, auch des Gremiums. Nur dann schaffen wir eine Kultur des Geben und Nehmens bzw. der Erkenntnis aller Beteiligten, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Im Bereich der Asylanten im Einzelplan 4 haben wir die Anmietung des katholischen Kindergartens zur Schaffung einer Begegnungsstätte von in Tuningen angesiedelten Flüchtlingen in enger Zusammenarbeit mit dem Betreuungskreis eingestellt.

Im Einzelplan 6 haben wir unsere Beteiligung für das Projekt Interreg eingestellt und die Kosten für unsere Bebauungspläne quantifiziert. Bei den Gemeindestraßen und Gehwegen haben wir die Ansätze erhöht, da durch das Projekt Breitband aufgrund der Beschlusslage im Gemeinderat der Lückenschluss von Reststrecken < 20 m auch mit Mitteln hinterlegt wird.

Im Einzelplan 7 macht sich die Anpassung der Abwassergebühr bemerkbar. Hier werden zwar ein Überschuss ausgewiesen, dieser rührt jedoch daher, dass Verluste aus Vorjahren nun im Jahr 2016 ausgeglichen werden.

Die Hausverwaltung Lebenshaus Ochsen wird im 1. Halbjahr 2016 abgegeben und somit ist auch hier keine entsprechende Gebühr mehr zu veranschlagen.

Im Investitionshaushalt sind 2 wesentliche Projekte zu nennen. Zum einen im Straßenbau der Bereich Rotes Gässle, Albstraße und Sunthauer Straße und im 2. Teil die Investitionen für das Landessanierungsprogramm. Bestenfalls Investitionsphase wird jedoch erst im Folgejahr richtig beginnen. Selbstverständlich ist es dem Gemeinderat überlassen, die vorgeschlagene Rücklagenentnahme zu verhindern, indem Straßenmaßnahmen erneut zurückgestellt werden.

Selbstverständlich haben wir auch in diesem Haushalt unseren Investitionsanteil am Marielehaus mit 1,2 Millionen € eingestellt. Wir sind nach wie vor der Auffassung dass dieses Projekt das zukunftsträchtigste und eines der wichtigsten Projekte überhaupt darstellt.

Obwohl wir durch eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt von sage und schreibe 926.700 € und auch einigen Grundstückserlösen, wie auch eine Kreditaufnahme mit 1,2 Millionen € für das Marielehaus ein gutes Ergebnis darstellen können, sind wir gezwungen, aus der allgemeinen Rücklage einen Entnahmebetrag von 632.300 € vorzuschlagen. Das ist ebenfalls ein Schluck aus der Pulle aber wird nicht zur Deckung von laufenden Ausgaben sondern nur zur Schaffung von werterhaltenden Projekten benötigt.

Die vorhandene Kreditaufnahme für die Beleuchtung unserer Straßen wird gespeist von den Ersparnissen die wir gegenüber den Vorjahren einfahren. Darüber hinaus konnten wir auch sicherstellen dass unsere Beleuchtung und somit auch das Sicherheitsempfinden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgeweitet wird, da nun die Straßenbeleuchtung die Nacht über durchbrennt.

Meine Damen und Herren ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die Planaufstellung und hierbei insbesondere bei der Kämmerin und der Amtsleiterin Frau Bernstorff, wie auch der Hauptamtsleiterin Frau Ittig recht herzlich bedanken.

Sie wissen, dass heute eine Beratung und Aussprache zum Haushaltsentwurf nicht vorgesehen ist, sondern wir, wie in den vergangenen Jahren auch, in den kommenden Wochen. Die Verabschiedung des Haushalts steht dann in unserer Sitzung im Mai an.

Ich freue mich auf diese Haushaltsplanberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.